



Durchwahl: 0511 3030-2151
Mein Zeichen: II/73 - 0103 - 00/7
(Kurzbericht-14-Wo-Ja-Mai)

9. April 2019

KURZBERICHT

über Ausschusssitzungen des Niedersächsischen Landtages in der Zeit vom 1. bis 5. April 2019

Montag, 1. April 2019

- 1 Enquetekommission „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen - für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung“**
(10. Sitzung)

Beratungsthemen:

- 1. [Erörterung zu Abschnitt II des Einsetzungsbeschlusses in der Drs. 18/2351](#) - stationäre medizinische Versorgung -**

Die Kommission setzte die Erörterung zu Abschnitt II des Einsetzungsbeschlusses in der Drs. 18/2351 - Stationäre medizinische Versorgung - mit dem Bericht der Landesregierung zum Thema „Nachwuchsgewinnung von Lehrenden und Lernenden/Akademisierung in der stationären Versorgung“ fort.

- 2. [Erörterung zu Abschnitt II des Einsetzungsbeschlusses in der Drs. 18/2351](#) stationäre medizinische Versorgung**

Die Kommission setzte die Erörterung zu Abschnitt II des Einsetzungsbeschlusses in der Drs. 18/2351 - Stationäre medizinische Versorgung - mit der Anhörung von Prof. Dr. Friedrich, Medizinische Mikrobiologie und Krankenhaushygiene, Universitair Medisch Centrum Groningen (NL), insbesondere zum Thema der grenzübergreifenden Versorgungsstrukturen, fort.

3. Terminangelegenheiten

Die Kommission erörterte die Tagesordnung für die nächste Sitzung am 29. April 2019.

4. Verschiedenes

Die Kommission verständigte sich darauf, die geplante Informationsreise nach Groningen zweitägig durchzuführen, und nahm dafür den 22. und 23. September 2019 in Aussicht..

Dienstag, 2. April 2019

2 Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

(29. - nicht öffentliche - Sitzung)

Beratungsthema:

Informationsgespräch mit dem EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Herrn Phil Hogan, über die anstehende neue Förderperiode zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2021

Der Ausschuss führte ein Informationsgespräch mit dem EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung über die anstehende neue Förderperiode zur Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2021.

Mittwoch, 3. April 2019

3 Ausschuss für Haushalt und Finanzen

(49. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. Vorlagen

Vorlage 110 (MWK) - Großgeräteprogramm (Haushalt 2019) - Epl. 06, Kapitel 0604, Titelgruppe 83 Hochschule: MHH

Der Ausschuss stimmte der Vorlage einvernehmlich zu.

**Vorlage 111 (MF) - Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG
Kenntnisnahme von Grundstücksgeschäften**

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Vorlage 113 (MWK) - Großgeräteprogramm (Haushalt 2019) - Epl. 06, Kapitel 0604, Titelgruppe 70-73 Hochschule: Stiftung Universität Göttingen

Der Ausschuss stimmte der Vorlage einvernehmlich zu.

2. **Bestandsgarantie für Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Emotionale und Soziale Entwicklung**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/2906

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und nahm eine Stellungnahme des Landesrechnungshofs entgegen. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Kultusausschusses an, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den Sachstand der Bauvorhaben an den Universitätskliniken UMG und MHH**

dazu: **Vorlage 114 (MWK) - Information des AfHuF über die Vereinbarung über die zentrale Steuerung betreffend die Nachholung von Investitionen bei der Medizinischen Hochschule Hannover und der Universitätsmedizin der Universität Göttingen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch Wissenschaftsminister Thümler entgegen und führte darüber eine Aussprache. Die Vorlage 114 nahm er bei Stimmenthaltung des Ausschussmitglieds der Fraktion der Grünen zustimmend zur Kenntnis.

4. **Bericht der Landesregierung zur Evaluierung des Niedersächsischen Sportfördergesetzes**

Unterrichtung durch die Landesregierung - Drs. 18/3150

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung zur Kenntnis und führte darüber eine Aussprache.

5. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/358

b) **Entwurf eines Gesetzes über die Schuldenbremse in Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3258

Der - mitberatende - Ausschuss kam überein, am Vormittag und am Nachmittag des 24. April 2019 sowie bei Bedarf am Vormittag des 8. Mai 2019 in einer gemeinsamen Sitzung mit dem - federführenden - Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen eine mündliche Anhörung zu den beiden Gesetzentwürfen durchzuführen, und verständigte sich über die Anzahl der Anzuhörenden. Der Vertreter der Fraktion der Grünen kündigte an, einen eigenen Gesetzentwurf zu dem Thema vorzulegen.

4 Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

(30. Sitzung)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss verständigte sich darauf, sich als zusätzlichen Tagesordnungspunkt durch die Landesregierung über einen Tierschutzverstoß bei Transport und Schlachtung unterrichten zu lassen.

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung über einen Tierschutzverstoß bei Transport und Schlachtung**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **[Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Fischereigesetzes](#) [Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - Drs. 18/2904](#)**

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den mitberatenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen empfahl der Ausschuss dem Plenum des Landtages, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

Der Ausschuss verständigte sich auf einen schriftlichen Bericht.
Die Berichterstattung übernahm die Abg. Dana Guth (AfD).

Ferner empfahl der Ausschuss dem Plenum des Landtages, die in die Beratung des Gesetzentwurfs einbezogene Eingabe 00906/07/18 für erledigt zu erklären und darüber hinaus den Einsender der Eingabe über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Mit Blick auf die Unterrichtung über die Sach- und Rechtslage bat er die Landesregierung, eine Stellungnahme zu der Eingabe nachzureichen.

3. a) **[Digitalisierung in der Landwirtschaft: Chancen nutzen - Abhängigkeiten und Datenklau vermeiden](#)**

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2895](#)

b) **[Näher am Verbraucher, näher am ökologischen und ökonomischen Optimum - Chancen der Digitalisierung in der Landwirtschaft nutzen - Umsetzung durch das Agrarinvestitionsförderungsprogramm \(AFP\) voranbringen](#)**

[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/161](#)

Der Ausschuss stellte die mündliche Unterrichtung zurück. Er bat darum, ihm zunächst einmal vorab schriftliche Informationen zukommen zu lassen. Der Ausschuss nahm in Aussicht, die Beratung der Anträge in der nächsten Sitzung fortzusetzen.

Seitens der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU wurde ein Änderungsvorschlag zu den Anträgen der Fraktion der Grünen und der Fraktion der FDP angekündigt.

4. **[Erhalt seltener Nutztierassen angemessen fördern!](#)**

[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2583](#)

Seitens der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU wurden mit Blick auf die schriftlichen Stellungnahmen, um die der Ausschuss zu dem Antrag gebeten hatte, Ergänzungsvorschläge zu dem Antrag angekündigt.

Der Ausschuss stellte daraufhin die Beratung des Antrages bis zur nächsten Sitzung zurück.

5. [Verbot von Lebewandtiertransporten in Drittländer](#)

[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/3265](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung für die nächste Sitzung um eine Unterrichtung zu dem Antrag. Er nahm in Aussicht, im Anschluss an die Unterrichtung über das weitere Vorgehen und auch über die Frage eine Anhörung zu entscheiden.

6. [Misstände in Schlachthöfen: Systemfehler beheben](#)

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 18/3255](#)

Der Ausschuss bat für die nächste Sitzung um eine Unterrichtung durch die Landesregierung.

5 Petitionsausschuss

(16. - nicht öffentliche und teilweise vertrauliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **Eingaben**

Der Ausschuss behandelte 61 Eingaben in **nicht öffentlicher Sitzung**.

Weiterhin behandelte der Ausschuss drei Eingaben in **vertraulicher Sitzung**.

2. **Öffentliche Petitionen**

Der Ausschuss besprach drei Eingaben, bei denen die Petenten eine Veröffentlichung erbeten hatten.

3. **Öffentliche Petitionen**

Der Ausschuss legte den grundsätzlichen Ablauf von öffentlichen Anhörungen fest. Ferner kam er überein, die Anhörung zu der **Eingabe 00615/89/19** (Erhalt des Römerlagers Wilkenburg) am 21. Mai 2019 sowie die Beratung am 11. Juni 2019 durchzuführen. Für die Anhörungen zu den zwei weiteren Öffentlichen Petitionen wurde noch kein Termin vereinbart.

3. **Präsentation des Petitionsausschusses zum Tag der offenen Tür des Niedersächsischen Landtages**

Der Ausschuss kam überein, diesen Tagesordnungspunkt aus Zeitgründen zu verschieben.

4. **Fortsetzung der Besprechung der geplanten Ausschusstreise**

Der Ausschuss kam überein, diesen Tagesordnungspunkt aus Zeitgründen zu verschieben.

Donnerstag, 4. April 2019

6 Ausschuss für Haushalt und Finanzen (50. - teilweise vertrauliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

1. Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Sachstand NORD/LB

Der Ausschuss behandelte diesen Punkt zum Teil in **vertraulicher Sitzung**. Er nahm die Unterrichtung durch Finanzminister Hilbers und den Vorstandsvorsitzenden der NORD/LB, Herrn Bürkle, entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er nahm in Aussicht, sich in einer zusätzlichen Sitzung am 2. Mai 2019 noch einmal vertiefend mit dem Gegenstand der Unterrichtung zu befassen.

2. [Eigenständige und starke Braunschweigische Landessparkasse in kommunaler Trägerschaft auf den Weg bringen](#) [Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/3038](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort. Die Beschlussfassung stellte er auf Antrag eines Ausschussmitglieds der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der Grünen und der FDP zurück.

7 Ausschuss für Inneres und Sport (48. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des 8. Mai 2020 als Feiertag in das Niedersächsische Gesetz über die Feiertage](#) [Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3262](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er verständigte sich darauf, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, die Anzuhörenden bis zum 25. April 2019 zu benennen.

2. [Zu menschenrechtsbasierter Flüchtlingspolitik zurückkehren - zentrale Abschiebungsbehörde des Landes verhindern!](#) [Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3246](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er bat um eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Thema, insbesondere mit Blick auf den aktuellen Stand, den Zeitplan und den Vorschlag der CDU-Fraktion, bei der Abschiebung von Intensivtätern das bayerische Modell zu übernehmen.

3. a) [Entwurf eines Reformgesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze](#) [Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/850](#)

dazu: Eingaben 00600/02/18 und 00731/02/18

- b) [Für ein Niedersächsisches Gefahrenabwehrgesetz ohne Symbolpolitik und Generalverdacht](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/828](#)
- c) [Testphase zur Einführung einer Elektroschockwaffe \(Taser\) bei der niedersächsischen Polizei](#)
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1086](#)
- d) [Einrichtung einer Regierungskommission - politische Versäumnisse in der Sicherheitsstruktur aufarbeiten und verbessern](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1385](#)
- e) [Können ein Mehr an Sicherheit und Datenschutz mit einer videobasierten Situations- und Gegenstandserkennung gleichermaßen verwirklicht werden?](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3415](#)

Der - federführende - Ausschuss setzte die Beratung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD und der CDU auf Grundlage der Vorlage 36 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes fort und schloss damit den ersten Beratungsdurchgang ab. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der Grünen, der FDP und der AfD lehnte der Ausschuss den Antrag des Ausschussmitgliedes der Fraktion der Grünen ab, den Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes um Stellungnahme zu Artikel 3 § 1 des Gesetzentwurfes zu bitten. Für den zweiten Beratungsdurchgang brachten die Fraktionen der SPD und der CDU einen Änderungsvorschlag (Vorlage 37) ein. Der Ausschuss nahm in Aussicht, den zweiten Beratungsdurchgang in der Sitzung am 2. Mai 2019 durchzuführen. Er bat den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, die Mitberatung so einzuplanen, dass eine Verabschiedung des Gesetzentwurfes im Mai-Plenum möglich ist.

Zu dem Antrag der Fraktion der AfD nahm der Ausschuss im Rahmen der Gesetzesberatung eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu der Frage entgegen, welche Erfahrungen mit dem Einsatz von Tasern in anderen Bundesländern gemacht worden sind.

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und der CDU. Er nahm in Aussicht, seine Beschlussempfehlung in der Sitzung am 2. Mai 2018 zu fassen, um eine Verabschiedung des Antrages im Mai-Plenum zu ermöglichen.

4. a) **Unterrichtung durch die Landesregierung über einen Polizeieinsatz im Zusammenhang mit dem Aufstellen einer Großflächenplakatwand an der B 6 in Gleidingen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.

Ein Vertreter der Fraktion der FDP stellte der Landesregierung ergänzende Fragen. Auf Antrag eines Ausschussmitgliedes der Fraktion der SPD bat der Ausschuss den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst, bis zum 25. April 2019 zu der Frage Stellung zu nehmen, ob die Landesregierung zur Beantwortung einer dieser Fragen berechtigt und verpflichtet sei. In der Sitzung am 25. April 2019 soll die Landesregierung, soweit zulässig, die Fragen des Vertreters der Fraktion der FDP sowie weitere Fragen aus den Reihen des Ausschusses beantworten.

- b) [Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Absatz 2 NV im Zusammenhang mit der Beantwortung der Kleinen Anfrage „Missbraucht der Innenminister die Polizei für politische Zwecke?“ \(Teil 1 und 2\) in den LT-Drs. 18/3189 und 18/3190](#)

Der Ausschuss schloss sich einmütig dem Aktenvorlagebegehren an.

8 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

(41. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Entwurf eines Gesetzes über dienstrechtliche Vorschriften für landesunmittelbare Sozialversicherungsträger \(DRSVG\)](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3196](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Er empfahl dem Landtag, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Die Beschlussempfehlung erging bei Abwesenheit der FDP-Fraktion und unter dem Vorbehalt der Zustimmung der mitberatenden Ausschüsse.

Als Berichterstatterin wurde die Abg. **Anja Piel** (GRÜNE) benannt.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Studie zu Medikamenten- und Impfversuchen an Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Heimerziehung in Niedersachsen zwischen 1945 und 1976**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Arbeit des Vereins beRATen e. V.**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. [Menschenwürde bewahren - Frauen vor Gefahren in sogenannten Lovemobilen schützen](#)

[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/3264](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags. Er bat die Landesregierung für eine der nächsten Sitzungen um einen aktuellen Sachstandsbericht.

5. **Terminplanung**

Der Ausschuss kam überein, den Sitzungstermin 9. Mai 2019 im Hinblick auf die zeitgleich stattfindende Klausurtagung der Fraktion der Grünen zu streichen und erforderlichenfalls einen Ersatztermin zu vereinbaren.

Freitag, 5. April 2019

9 Kultusausschuss
(25. Sitzung)

Außerhalb der Tagesordnung:

Der Ausschuss kam überein, die Tagesordnungspunkte 1 und 4 zusammen zu beraten.

Beratungsthemen:

1. **[Unterrichtung durch die Landesregierung zur Beschulung geflüchteter Kinder in der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen](#)**

[Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Ferner bat er die Landesregierung um eine weitere Unterrichtung nach Beginn des neuen Schuljahres zum Sachstand, um dann die Beratungen zur Drs. 18/3247 fortzusetzen.](#)

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Sachstand der Neuregelung der Finanzhilfe der Schulen in freier Trägerschaft und hierbei auch Unterrichtung über den Verhandlungsstand bezüglich einer Schulgeldfreiheit in der Erzieherausbildung sowie den Sachstand bezüglich einer Schulgeldfreiheit in den Gesundheits- und Pflegeberufen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Maßnahmen zur Entlastung von Lehrkräften“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. **[Geflüchtete Kinder in Erstaufnahmeeinrichtungen frühzeitig beschulen!](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3247](#)**

Der Antrag wurde unter Tagesordnungspunkt 1 mitberaten.

5. **[Bildung in der digitalisierten Welt](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2898](#)**

hier: Festlegung eines Anhörungstermins und des Kreises der Anzuhörenden

Der Ausschuss kam überein, die thematisch gleichgelagerten Anträge der Fraktion der Grünen in der Drs. 18/3367 und der FDP in der Drs. 18/3425 in die Anhörung miteinzubeziehen. Als Termin für die Anhörung wurde der 24. Mai 2019 in Aussicht genommen. Der Ausschuss verständigte sich ferner darauf, dass von den Fraktionen der SPD und der CDU jeweils drei Anzuhörende und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion jeweils zwei Anzuhörende neben der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände für die mündliche Anhörung benannt werden. Ferner legte der Ausschuss die Liste der schriftlich Anzuhörenden fest.

6. **Verschiedenes**

Der Ausschuss besprach Terminfragen.

10 Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung
(31. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu der von der Europäischen Kommission untersagten Fusion der auch mit niedersächsischen Standorten betroffenen Unternehmen Alstom und Siemens**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Neuregelung der Betriebsbeschränkungen für den Flughafen Hannover-Langenhagen“**

Der Ausschuss nahm den Antrag einstimmig an und beschloss, sich in einer der nächsten Sitzungen mündlich unterrichten zu lassen.

3. **[Freie Fahrt in Niedersachsen für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und FSJlerinnen und FSJler: Schülerticket und kostenlose Schülerbeförderung für Sek II jetzt!](#)**

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2576](#)

hierzu: Eingabe 00747/06/18

Der - federführende - Ausschuss kam überein, zu dem Antrag eine schriftliche Anhörung durchzuführen, zu der die beiden großen Fraktionen jeweils drei und die drei kleinen Fraktionen jeweils einen Anzuhörenden bis zur nächsten Sitzung gegenüber der Landtagsverwaltung benennen sollen.

4. **[Niedersächsisches Rüstungsindustrie-Kataster](#)**
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3256](#)

Der - federführende - Ausschuss begann mit der Antragsberatung. Er beschloss, sich durch die Landesregierung in einer der nächsten Sitzungen unterrichten zu lassen.

5. **[Digitales Bauen in Niedersachsen voranbringen - Potenziale des Building Information Modelings \(BIM\) nutzbar machen](#)**

[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3260](#)

Der - federführende - Ausschuss kam überein, zu dem Antrag eine mündliche Anhörung durchzuführen und nahm als Termin dafür die Sitzung am 24. Mai 2019 in Aussicht. Die beiden großen Fraktionen sollen jeweils zwei Anzuhörende und die drei kleinen Fraktionen jeweils einen Anzuhörenden gegenüber der Landtagsverwaltung benennen.

6. **[Technologieoffenheit muss die Maxime der Politik bleiben!](#)**
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/3253](#)

Der - federführende - Ausschuss beschloss, sich durch die Landesregierung in einer der nächsten Sitzungen unterrichten zu lassen. Ferner bat er den Ausschuss für Wissenschaft und Kultur, zu den seinen Zuständigkeitsbereich betreffenden Gesichtspunkten des Antrages gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT Stellung zu nehmen.

7. **Verschiedenes**

Der Ausschuss besprach Terminangelegenheiten und Verfahrensfragen.

Im Auftrage

Wiesehahn